

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917**

446 (25.9.1917) Mittagsblatt



# Sitzung des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei.

## Das Echo der deutschen Friedensnote.

Seine Antwort der Entente an den Papst.

O Berlin, 25. Sept. Wie verschiedene Morgenblätter berichten, sei nach dem Falle Ribots keine Einigkeit mehr über die Antwortnote der Entente an den Papst mit England zu erzielen, weil Poincaré eine Umkehrung forderte, so daß beide Länder vorläufig keine Antwort geben.

Die Haltung der Vereinigten Staaten.

Washington, 24. Sept. Das Staatsdepartement läßt deutlich erkennen, daß die Antwort der Mittelmächte keine Anlaß gäbe zu irgend welcher Aenderung in den Absichten und Zielen Amerikas, oder seiner Kriegführung.

New York, 23. Sept. (Meuter). Die Presse in den Vereinigten Staaten ist über die Antwort des Papstes an den Papst eines Sinnes. So bezeichnet „Tribune“ die Ausführungen der Antwortnote als heuchlerische Sätze, die von erhabenen Gedanken trüben. Weiter heißt es u. a.: Sie sind bestimmt, die deutschen Verbrennen zu verdecken. Da die Macht nicht das Recht überwältigen konnte, und da Deutschland nicht durch Gewalt, Doppelzüngigkeit und Grausamkeit sich die Weltbeherrschung sichern konnte, die sein Ziel war, so soll ihm jetzt gestattet werden, wieder als ebenbürtig in den Kreis der Völker einzutreten mit der Behauptung, daß die Ideale der internationalen Gesellschaft, die die Völker hochhalten, jetzt die seinen geworden seien. Eine andere merkwürdige deutsche Grille ist, daß in der deutschen Note an den Papst nicht ein Wort von Neue und keine Andeutung über Wiedergutmachung steht. Der Gedächtnis und Ausgesprochenen will in die neue Gesellschaft aufgenommen werden, aber nur unter seinen eigenen Bedingungen, die auch und nicht in der Vergangenheit begangenen Missethaten nicht in sich schließen. Die deutsche Unfähigkeit des Geistes, den Standpunkt der nichtidentischen Welt zu begreifen, ist bekannt. Wenn Vorkriegsregeln zu bekennen. Wenn Neue vorliegt, müssen die Früchte der Neue folgen. Wie steht es um Belgien, Polen, Serbien, wie um das unerlöste Italien und Elsass-Lothringen? Es kann auf Erden keine Freude über einen verdrängten Sieger geben, der allein in der Hoffnung bereut, auf diese Weise seine schlecht erworbenen Gewinne zu behalten. Worte sind eitel, bis der Sieger bereit ist, sowohl die Wiedergutmachung zuzugestehen, wie Neue zu zeigen.

Italienische Prestimmen.

Bern, 24. Sept. Die italienische Morgenpresse stimmt in der Besprechung der Antwort der Mittelmächte auf die Note des Papstes darin überein, daß die Mittelmächte das System der Doppelzüngigkeit und der Heuchelei beibehalten hätten.

„Giornale d'Italia“ schreibt: Man kann Männern, die den Begriff von „Rehen Papier“ aufbrachten, und Regierungen, die die Gewalttätigkeiten zum System ausbauen, nicht trauen.

„Corriere d'Italia“ sagt: Die Antwort verstoßt wahrhaftig die Kriegsziele in der Erwartung einer Abnahme des inneren Widerstandes in den Ententeländern. Die Berliner Diplomaten täuschen sich aber. Wir behalten die Verpflichtung auf einen gerechten und dauerhaften Frieden bei. Wir sind überzeugt, daß Italien heute wie gestern die Pflicht des Widerstandes fühlt.

„Corriere della Sera“ schreibt: Die Mittelmächte haben auf die wichtigsten Punkte in der Papstnote überhaupt nicht geantwortet.

„Popolo d'Italia“ nennt die Antwort zynisch. „Secolo“ schreibt: Niemand hat ernsthaft glauben können, die Mittelmächte würden dem Papst die gemeinsamen Friedensbedingungen bekanntgeben. Die Schriftstücke enthalten aber nur neue Formeln. Deutschland stimmt heute dem Gedanken einer Herabsetzung der Rüstungen und der Schaffung eines Schiedsgerichts bei. Von Kaiser Wilhelm II., Kaiser Karl und dem Reichskanzler Dr. Michaelis ausgesprochen, klingt das aber äußerst grotesk.

Weitere französische Prestimmen.

Paris, 24. Sept. Die Pariser Zeitungen stellen einmütig fest, daß die Antworten der Mittelmächte nur Geschwätz und Ungenauigkeit seien und lediglich den Vorteil haben, den unentwegt festgehaltenen Willen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns darzutun, allen tatsächlichen Fragen aus dem Wege zu gehen. Besonders das vollständige Schweigen über Belgien richte die Dokumente. Die Mächte haben bezüglich der Sache über das Schiedsgericht und die Entloftung und bezüglich der Weigerung an der Friedensnote, die so oft wiederholt worden sei, daß sie zum Geßpött geworden sei, hervor, daß Deutschland im Haag alles ablehnte, was zu einer Verständigung unter den Völkern hätte führen können.

Für zahlreiche Wälder, besonders „Excelsior“ und „Revue Parisien“ ist die Antwort ein Triumph des Einflusses der Mittelmächte. (11) „Revue Parisien“ ist ungeduldig, die Haltung des Reichstages kennen zu lernen, in dem die Regierung ihr Spiel treibe.

## Die russische Republik.

Die Lage in Petersburg.

Amsterdam, 24. Sept. „Gerald Williams“ meldet dem „Daily Chronicle“ aus Petersburg, die Hauptstadt sei voll von Friedensgerüchten. Gorki schrieb in seinem Organ: Die internationalen Vandalen markieren das erschöpfte Russland mit unerbittlicher Unverschämtheit.

Christiana, 24. Sept. In „Verdensgang“ erzählt ein aus Petersburg zurückgekehrter norwegischer Geschäftsmann, dessen Namen das Blatt nennt, nur die Lebensmittelpenurie habe ihn wie viele andere Notverweigerer aus Russland vertrieben. Die Lebensmittelpreise seien entsetzlich hoch: das Glas Milch koste 1/2 norwegische Mark, die Flasche Rotwein 120 Mark; die Zustände seien unbeschreiblich. Es gebe keine Ordnungspolizei. Wenns sei überall die größte Gefahr für Leben und Eigentum. Die Petersburger Garnison sei bis auf die Offiziere völlig demokratisiert. Die einzige Ausnahme, die existiere, sei das weibliche Todesbataillon.

Das Kornilow-Komplot.

Berlin, 24. Sept. Eine neue Lesart über das Kornilow-Komplot, die sich in verschiedenen Morgenblättern findet, behauptet, daß es keine, als ob Kornilow gemäß einem an höherer Stelle beschlossenen Plan handelte. Der Plan verfolgte das Ziel, das Land und die Freiheit von der Diktatur der Extremisten zu retten. Im letzten Augenblick traten jedoch Kornilow und der Regierung bezüglich des Marschplanes auf Petersburg eine Meinungsverschiedenheiten auf und der Soviet entschloß sich zur Verteidigung der Hauptstadt.

Neue russische Kriegskredite.

Petersburg, 24. Sept. (Ret. Tel.-Ag.) Der Minister hat es als ein dringendes Bedürfnis erkannt, der Staatsbank zu einer neuen Ausgabe von Banknoten im Be-

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei Deutschlands trat am Sonntag im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, die außerordentlich zahlreich aus allen Teilen des Reiches besucht war. Geheimrat Dr. Friedberg, der erste stellvertretende Vorsitzende, eröffnete sie mit Worten herzlichen Gedankens, die dem Gedächtnis des bisherigen 1. Vorsitzenden Wassermann gewidmet waren. Er betonte, daß das Andenken Wassermanns nicht besser geehrt werden könnte, als dadurch, daß man die Verhandlungen in dem Geiste führe, die er den Besprechungen eingeplant habe. Es gelte in allem, was man sage und tue, eins zu sein in der heißen Liebe zum Vaterland. In diesem Sinne werde man die Verhandlungen in Wassermanns Geiste führen und sein Andenken ehren. Warme Worte des Nachrufes widmete Geheimrat Dr. Friedberg auch dem Andenken des verstorbenen Mitgliedes Dr. Ernst Planckhörn.

Als erster Punkt standen

Neuwahlen und Zuwahlen

auf der Tagesordnung. Den Anfang machten die Wahlen des Vorstandes, die auf Vorschlag aus der Versammlung durch Zurufe und vollkommen einmütig erfolgten. Es wurden gewählt an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Wassermann Abgeordneter Geheimrat Dr. Friedberg zum ersten Vorsitzenden, an dessen Stelle zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden Abgeordneter Dr. Stresemann. Der Vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen: Dr. Friedberg, Vorsitzender, Dr. Stresemann 1. stellvertretender, Geheimrat Dr. Bogel 2. stellvertretender Vorsitzender, Schatzmeister Dr. Weber, Schriftführer Dr. Hugo.

Herrn Dr. Friedberg und Herrn Dr. Stresemann nahmen die Wahl mit Worten des Dankes an. Dr. Friedberg sprach alsdann den Mitgliedern der Reichstagsfraktion, die nach dem Tode Wassermanns dessen Stelle vertreten haben, den Dank der Partei aus. Er dankte namentlich dem Abg. Brinzen aus Schwabach-Carolath, der als erster stellvertretender Vorsitzender der Reichstagsfraktion wertvolle Dienste erwiesen habe. Abg. Brinzen zu Schwabach-Carolath erwiderte seinerseits mit Worten des Dankes für die Anerkennung, die ihm ausgesprochen worden sei. Er wies weiter darauf hin, wie wertvoll es gewesen sei, daß die Reichstagsfraktion bei der wichtigen Entscheidung der Friedensresolution in voller Einmütigkeit den abweichenden Standpunkt gewahrt habe.

Bei den Wahlen zum Geschäftsführenden Ausschuss wurden folgende Mitglieder neu gewählt: Geh. Hofrat Lehmann in Berlin, Regierungsdirektor v. Sieber-Stuttgard, Oberbürgermeister v. Casselmann-Bayreuth, Abg. Bollert als Mitglied der Reichstagsfraktion, Abg. Dr. Lohmann als Mitglied der preussischen Landtagsfraktion.

Bei den dann folgenden Zuwahlen zum Zentralvorstand wurden gewählt die Herren Wochmann-Offenbach, Kommerzienrat Hillmann-Wildeburg, Dr. Köppler-Hamburg, Dr. von Schwabach-Berlin, v. Schoeller, Steinwälder, Heppelmann-Riedel-Waldenburg.

Die Aussprache über die politische Lage.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete die Aussprache über die politische Lage. Sie wurde eröffnet durch ein glänzendes Referat des Abgeordneten Dr. Stresemann, der alle wichtigen Fragen militärischer und politischer Natur klar und offen beleuchtete. Aus seinen Ausführungen sei hervorgehoben, daß er die gegenwärtige Weltlage nach dreifacher Richtung hin beurteilt, wie sie bestimmt ist durch die militärische Lage, durch den U-Boot-Krieg und durch die Ereignisse in Russland. Er betonte, daß für unsere überaus günstige militärische Lage die Unmöglichkeit eines Durchbruchs an der Westfront ebenso entscheidend sei, wie die außerordentlich zweckmäßige Lage an der Ostfront.

Der U-Boot-Krieg.

so führte Dr. Stresemann weiter aus, soll die Entscheidung bringen über die angemaßte Seeherrschaft Englands. Die Wirkung, die er in zunehmender Maße auf England ausübt, ist heute schon sichtbar in der englischen Industrie, in der englischen Kriegführung und in der wirtschaftlichen Lage der englischen Bevölkerung. Allen politischen Klümpchen sei entgegenzusetzen, daß der U-Boot-Krieg überhaupt erst die Möglichkeit geschaffen habe, mit England zu einem Frieden zu kommen. Wie würde die Lage jetzt sein, wenn wir die deutsche Flotte nicht eingeleitet hätten? England würde darauf warten, daß Deutschland wirtschaftlich klutziger werde und selbst mit seinen Bundesgenossen in wirtschaftlicher Sicherheit weiterleben. Jetzt haben auch wir die Waffe der wirtschaftlichen Untertüchtung in die Hand genommen, und wir zwingen England damit auf die Friedensbank. Die Wirkung des U-Boot-Krieges zeigt sich heute schon. Wenn England jetzt anfängt, mit seiner ganzen diplomatischen Geschicklichkeit den

Frieden vorzubereiten,

so kommt das daher, daß es den Krieg mit der Waffe in der Hand führen muß und daß es die Verluste des U-Boot-Krieges nicht länger aushalten kann. Es hat den Krieg begonnen mit einem Verhältnis des Schiffstommens von 5:1 gegenüber Deutschland. Seine Stellung als Weltmacht ist erschüttert, wenn es den Krieg mit einem erheblich schlechteren Verhältnis abschließt. Das gibt uns eine so günstige Lage. Wir sollten das Gefühl des Dankes nicht verzeihen gegenüber denjenigen, die den uneingeschränkten U-Boot-Krieg durchgeführt haben, und wir bedauern es, daß Leipzig nicht mehr die Ausführenden dieses Planes verwirklichen konnte. In bezug auf den Unterseeboot-Krieg haben sich die Zusagen des Reichsmarineamts ebenso reiflos erfüllt, wie in bezug auf die amerikanische Hilfe, die auch heute noch nicht militärisch wirksam geworden ist. Das Wort Hindenburg, daß unsere Lage nie glänzender gewesen ist als augenblicklich, ist also reine, volle Wirklichkeit.

Die Zustände in Russland

zeichnete Dr. Stresemann als einen vollen militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch. Das tritt auch dadurch in der Entscheidung, daß England seinen Verbündeten bereits vollständig preisgegeben hat. In dieser günstigen Lage können wir die Verhandlungen am Friedensstisch aufnehmen. Es ist nur dringend zu wünschen, daß wir selbst in politischer Hinsicht alles vermeiden, was den Feinden neue Zuversicht geben und den Eindruck deutscher Schwäche hervorrufen könnte.

Dr. Stresemann sprach dann

die wirtschaftliche Lage

und betonte, daß ein Punkt entscheidend sei. Die Nothilfevorsorge sei in militärischer Hinsicht gesichert, soweit sich überhaupt eine Dauer des Krieges absehen lasse. Bei der Besprechung unserer inneren wirtschaftlichen Lage hob Dr. Stresemann zwei Punkte besonders hervor. Der generelle und industrielle Mittelstand sei durch freigewirtschaftliche Maßnahmen außerordentlich hart mitgenommen. Gegenüber allen Plänen langjähriger Zwangsindustrialisierung und Zwangsverwaltung sei deshalb zu betonen, daß alle diese Bindungen der privatrechtlichen Initiative sobald wie möglich beseitigt werden müßten. Man müsse sobald wie möglich der Industrie und dem Gewerbe die Möglichkeit geben, aus unseren wirtschaftlichen Verhältnissen herauszukommen, was herauszuwirtschaften sei. Dadurch würde man auch finanziell den größten Nutzen erzielen. Der Staat als Leiter von Zwangsmaßnahmen werde steuerlich nichts nutzen. Dr. Stresemann wies weiter darauf hin, daß gegenüber den guten Lohnverhältnissen in der Arbeiterklasse die Lage der Hebesoldaten und der Beamten sehr unangenehm sei. Zur Besserung dieser Lage müsse viel mehr geschehen, als bis jetzt geschehen sei. In dieser Richtung zu wirken sei eine der dringendsten Aufgaben, die man noch zu lösen habe.

Dr. Stresemann kam dann auf

die Friedensbewegung

zu sprechen. Er betonte in diesem Zusammenhang den Dank, den wir unseren Verbündeten und namentlich auch der Türkei und Bulgarien schuldig seien. Bei unserer Friedenspolitik dürfe der Zusammenhang

mit unseren Verbündeten nicht verloren gehen. Das sei bei der Friedensresolution des Reichstags nicht gerächt werde, lieber außer Betracht gelassen. Dr. Michaelis habe deshalb mit Recht betont, daß er die volle Erfüllung unserer Pflichten gegenüber den Bundesgenossen als selbstverständliche Aufgabe in sein Amt mit übernehme. Dr. Stresemann nahm alsdann mit Entschiedenheit gegen die Friedensresolution des Reichstags Stellung. Soweit sie sich auf die Folgerungen der russischen Revolution und des Programms Kerenski verlassen habe, sei sie eine vollständige Fehlleistung gewesen. Auch die Hoffnung, im Ausland damit eine Wirkung zu erzielen, sei völlig fehlgeschlagen. Schon der erste Eindruck der Resolution im Ausland sei vielmehr für Deutschlands Ansehen niederschmetternd gewesen. Man glaube einmal wieder an die Möglichkeit eines deutschen Zusammenbruchs. Inzwischen sei allerdings durch die deutschen Siege dieser Eindruck wieder verwischt worden. Man solle aber nicht versuchen, die jetzige Stimmung auf das Konto der Friedensresolution zu schreiben. Die Wirkung, unter der England und das übrige feindliche Ausland liege, sei vielmehr eine Folge der deutschen Waffentaten und der U-Boot-Erfolge. Infolge dieser Wirkung seien wir berechtigt, aus der militärischen Lage herauszukommen, was herauszukommen sei. Dr. Stresemann sprach in diesem Zusammenhang

die deutsche Antwort auf die Papstnote

und bezeichnete es als bedauerlich, daß die Bezugnahme auf die Friedensresolution des Reichstags darin enthalten sei. Im übrigen kann man sich darauf verlassen, daß die Wahrung der deutschen Lebensinteressen, die in der Antwort zur Nichtsagung anderer Handlungsmöglichkeiten sei, uns die Handlungsfreiheit sichere. An Abstraktion, so betonte Dr. Stresemann, können wir nicht denken. Wir können nicht daran denken, die Freiheit in der Entwicklung der U-Boot-Waffe aus der Hand zu geben, die uns gegen England hat gemacht hat. Wir haben schon den Fehler gemacht, daß wir große Hauptstädte der Welt vor dem Beginn der Friedensverhandlung entwertet und uns dadurch die Möglichkeit beraubt haben, sie später in die Waagschale zu legen. Dr. Stresemann wies in diesem Zusammenhang auf die Fehler hin, die in der Verhandlung der

politischen Frage

gemacht worden sind. Doch man wolle darauf aufbauen, sei eine Fortsetzung der begangenen Fehler. Wenn, so sagte Dr. Stresemann, wir jetzt auch unter Desinteressement an Belgien erklären wollen, so wäre das wohl aller Mangel und Bedingunge der zweite große Fehler. Selbst wenn man bereit wäre, Belgien wieder herauszugeben, so dürfte man es in der Offenheit nicht sagen. Wir haben, so sagte Dr. Stresemann, unter Ablehnung einer Annexion Belgiens den Wunsch und die Auffassung, daß wir uns Sicherheiten dafür schaffen müssen, daß Belgien nicht das Aufmarschgebiet unserer Feinde werden kann, sei es zu Lande oder zur See. Es wäre auch nicht zu verstehen, wenn wir den weltgeschichtlichen Augenblick nicht dazu ausnutzen, um in ein einziges politisches Verhältnis zu Russland und Litauen zu treten. Dies nicht zu tun, sei gleichbedeutend mit der Preisgabe unserer baltischen Stammesgenossen an die russische Kante. Dr. Stresemann ging dann zur Besprechung der

innerpolitischen Fragen

über. Er betonte hier die Notwendigkeit, unsere innere Lage zu befestigen und sie vor neuen Krisen und Konflikten zu bewahren. Die Reichstagsfraktion sei der Überzeugung, daß die dieser Aufgabe durch die Teilnahme an den interparteilichen Besprechungen gedient habe. Andererseits betonte Dr. Stresemann, daß sie sich ihre volle Freiheit bewahren. Er wies in diesem Zusammenhang einen Artikel der „Germania“ zurück, in dem von den Nationalliberalen mehr Rücksicht auf die Friedenspolitik der Mehrheit verlangt wird. Er gab hier nicht das Recht, nationalliberalen Meinern den Mund zu verbieten. Es zeige sich auch hier wieder, daß man in den Kreisen der Reichstagsmehrheit die Friedenspolitik anscheinend nur noch glauben bereit zu sein, wenn sie gegengezeichnet sei von den Nationalliberalen. Im übrigen betonte Dr. Stresemann die Notwendigkeit einer tragfähigen Reichstagsmehrheit, um den kommenden wichtigen Fragen wirtschaftlicher und finanzieller Natur eine angemessene Lösung zu sichern.

Die parlamentarische Mitverantwortung

werde kommen. Sie sei auch eine notwendige Reaktion gegen den Wiederbruch unserer diplomatischen und politischen Führung. Ein enges Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Parlament auch durch Berufung von Vertrauensmännern der Fraktionen in die Regierung sei der gegebene Weg. Es liege aber kein Anlaß vor, die Verantwortung zu übertragen. Jetzt sei vor allen Dingen Ruhe und Sicherheit in der Erledigung der politischen Geschäfte dringend geboten. Dr. Stresemann wendete sich zum Schluß gegen Wilson, dem eine Antwort erteilt werden müsse, die den amerikanischen Vorgesetzten von Deutschland entspreche. Wilson werde sich wohl als der politische Messias bezeichnen, der das Böse wolle und doch das Gute schaffe, daß die nationale Einheit in Deutschland sich nur immer enger gefalle. Dr. Stresemann schloß mit der Überzeugung, daß Wassermanns Geist der Wegweiser für die Zukunft sein werde. Von seinen Grundsätzen werde die Parteilichkeit auch ferner getragen sein.

Das zweite Referat

erhielt Reichstagsabgeordneter von Calker über die elsaß-lothringische Frage. Er gab ein Bild der Möglichkeiten, die bei dieser Lösung erörtert worden sind.

In der Diskussion zeigte der Zentralvorstand eine volle grundsätzliche Einmütigkeit in der Frage der Kriegsziele. Im übrigen nahm er zu den politischen Tagesfragen im Wortlaut der folgenden

Entscheidung

Stellung: Nachdem am 12. Dezember 1916 in der Kundgebung des Kaisers die Friedensbereitschaft Deutschlands betont worden ist, wendet sich der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei mit Entschiedenheit gegen die fortgesetzte einseitige Hervorhebung unserer Friedenswillens. In der Entscheidung der Mehrheitspartei des Reichstags vom 19. Juli d. J. steht der Zentralvorstand eine schwere Gefährdung unserer deutschen Zukunftsentwicklung. Er dankt der Reichstagsfraktion, daß sie die Entscheidung einmütig abgelehnt hat. Deutschlands zukünftige Sicherheit kann nicht allein auf Willensverträgen beruhen, sondern muß auf deutsche Macht und Stärke gegründet sein. Ohne Machtverhältnisse in Ost, West und Sicherheit unserer weltpolitischen Stellung über See und ohne ausreichende Kriegsentwicklungen werden wir keine Sicherheit gegen künftige Bedrohungen unseres Vaterlands haben und politisch und wirtschaftlich um Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Die militärische Lage gibt uns die Gewähr, daß Deutschlands Grenzen den notwendigen und besseren Schutz erhalten und die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands gesichert wird.

Der Zentralvorstand fordert eine strenge Durchführung aller das Gebiet der Ernährung des Volkes betreffenden Maßnahmen und weitgehende Fürsorge für die minderbemittelten Schichten, insbesondere für den schwerleidenden gewerblichen Mittelstand und die auf seine Besoldung angewiesenen Kreise des Volkes.

Die amnestische Einmütigkeit des Präsidenten Wilson in die innerpolitischen Verhältnisse unseres Landes weist der Zentralvorstand mit Entschiedenheit zurück. Er lehnt die Übertragung des parlamentarischen Systems ab, verlangt aber ein enges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten von Volkvertretern und Regierung. So wird die Frage der Neuordnung unserer verfassungsmäßigen Verhältnisse unter voller Wahrung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches in Ruhe einer gezielten Lösung entgegengeführt werden können. Immer aber müssen diese Fragen zurücktreten hinter dem einen großen Ziele: der Sicherung unserer deutschen Zukunft. Alle Kräfte des Landes sind im Kriege aufzufassen, um den vollen Sieg über unsere Gegner zu gewährleisten.

Zu dem Referat über Elsaß-Lothringen wurde folgende Entscheidung angenommen:

Der Zentralvorstand lehnt jede Aufstellung der sogenannten elsaß-lothringischen Frage während des Krieges oder bei den Friedensverhandlungen entschieden ab.

... von 2 Milliarden Rubel die Erlaubnis zu erteilen. Seit Kriegsbeginn hat die Staatsbank 114 200 Millionen Rubel Noten ausgeben dürfen.

### Rußland und die Friedensfrage.

○ Petersburg, 24. Sept. (Pet. Tel.-Ag.) Die aus dem Ausland nach Petersburg gedungenen Gerichte über die Möglichkeit von Friedensverhandlungen haben in der hauptstädtischen Presse eine Reihe von Artikeln und Beurteilungen veranlaßt, deren Grundstimmung eine tiefe Unzufriedenheit mit der Presse und der öffentlichen Meinung der verbündeten Länder ist, die die Friedensfrage besprechen und erörtern, während Rußland trotz seiner unheilvollen Berrüttung in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht nicht aufhört, durch die Organe der verschiedenen öffentlichen und politischen Organisationen seinen festen Willen zur Fortsetzung des Krieges zu betonen. Die meisten Blätter stellen vor allem fest, daß die Nachrichten über den Frieden diesmal viel früher aus Deutschland stammen, das sie periodisch in Umlauf bringe. Der politische Wert dieser Meldungen sei also höchst zweifelhaft, denn heute verüßten die Deutschen nochmals im Hinblick auf die Nähe der demokratischen Konferenz den „Psychologischen Augenblick“ auszunützen.

### Interniertenprüfungen in der Schweiz.

Die zweiten Meisterprüfungen für in der Schweiz internierte Handwerker fanden in der Zeit vom 10. bis 14. Sept. d. J. abermals in Davos statt, wo bekanntlich schon gegen Ende des Vorjahres seitens der deutschen Kriegsgefangenenfürsorge eine besondere Interniertenfachschule für Handwerker eingerichtet worden war, die unter der vortrefflichen und zielbewußten Leitung des Ingenieurs Biegler, Direktor der Solinger Gewerbeschule, steht und den Kunstschneidern eine sehr gute theoretische Vorbildung zur Meisterprüfung vermittelt. An den Prüfungen beteiligten sich dieses Mal 43 Prüfungskandidaten, von denen 34 die ganze und 9 nur die Prüfung in den theoretischen Fächern ablegten. Die Prüflinge gehörten den verschiedensten Gewerben an und hatten zum Teil Meisterstücke angefertigt, die den besten Arbeiten in Friedenszeiten an die Seite gestellt werden können. Das ist umso höher anzuerkennen, als die meisten Kandidaten seit langer Zeit aus ihrem Berufe herausgerissen sind, die Beschaffung der erforderlichen Materialien manche Schwierigkeiten bereitet und teilweise erhebliche Kosten verursachte. Die Prüfungen selbst fanden auch dieses Mal unter Leitung des Schichtleiters der Handwerkerkammer Konstantin, sowie des Vorsitzenden der Konstanzer Kommission und seiner Stellvertreter statt und hatten das erfreuliche Ergebnis, daß alle Kandidaten als bestanden erklärt wurden. Außerdem unterzogen sich noch ein Schlosser und vier Photographen der Gesellenprüfung mit bestem Erfolg.

So hat denn wiederum eine stattliche Anzahl deutscher Feldgrauer die Zeit ihrer Internierung in der gastlichen Schweiz dazu benützt, um in ihrem Berufe vorwärts zu kommen und ein schönes Ziel zu erreichen. Das Vaterland darf stolz auf diese seine Söhne sein!

### Aus dem Reich.

Die „Germania“ droht.

Die „Germania“, das Berliner Organ des Zentrums, wendet sich gegen die Nationalliberale Partei wegen ihrer Haltung zu den Mehrheitsparteien und schreibt: „In letzter Zeit sind auch von Mitgliedern der Nationalliberalen Partei Angriffe in einer Form und Ausdrucksweise erfolgt, die es unmöglich macht, hierzu williges Stillschweigen zu bewahren. Es ist dies um so weniger angängig, da gerade führende Männer der Nationalliberalen Partei es sich besonders haben aneignen lassen, sich einer solchen auf populäre Wirkungen berechneten Kampfsart zu bedienen. Wir möchten aber nicht unterlassen, doch auch darauf hinzuweisen, daß eine solche öffentlich zur Schau gezeigte Nichtachtung der wohlverdienten Entschuldigungen einer großen bürgerlichen Partei schwerlich ohne Folgen bleiben können. Wer sich auch nur einigermaßen ein Bild von der kommenden politischen Entwicklung des Deutschen Reichs macht, der muß sich darüber klar sein, daß die großen Fragen, die nach dem Krieg zu lösen sind, eine Zusammenarbeit gerade derjenigen großen Parteien erfordern, die in ihren Wählerkreisen eine ähnlich geartete Zusammensetzung aufweisen und die in vielen Fragen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art durchwegs gleichen Zielen nachstreben. Ein Verhalten, wie es aber von führenden Persönlichkeiten der Nationalliberalen Partei und von nationalliberalen Organisationen aus Anlaß der Friedensresolution der Mehrheitsparteien gegenüber an den Tag gelegt wird, könnte allerdings geeignet sein, eine solche Zusammenarbeit für die kommenden Zeiten unmöglich zu machen.“

### Zeichnungen auf die 7. Kriegsanleihe.

○ Karlsruhe, 25. Sept. Die Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Breiherfabrikation vorm. G. Sinner, Karlsruhe-Ordnungswinkel zeichnet auf die 7. Kriegsanleihe wiederum einen Betrag von 1 1/2 Millionen M. Gesamtzeichnungen der 1. bis 6. Kriegsanleihe 7 500 000 M.  
Für die 7. Kriegsanleihe zeichnet der Kreisausschuß Karlsruhe den Betrag von 130 000 M.

### Aus der Residenz.

○ Karlsruhe, den 25. September 1917.

— Aus dem Hofberichter. Der Großherzog und die Großherzogin trafen gestern früh von Schloß Eberstein hier ein. Der Großherzog hörte im Laufe des Tages die Vorträge des Staatsministers Dr. Freiherrn von Dusch, des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Präsidenten Dr. von Engelberg. Die Großherzogin begab sich demnach mit der Großherzogin Luise welche von Schloß Baden hierher gekommen war, nach Heidelberg zur Teilnahme an der Landesversammlung des badischen Frauenvereins. Abends trafen die Großh. Herrschaften hier wieder zusammen, und der Großherzog und die Großherzogin kehrten nach Schloß Eberstein, Großherzogin Luise nach Schloß Baden zurück.

— Zurückgehende Arbeitszeit. Die Erhebungen, die gegenwärtig wegen der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit zur Erparnis von Licht und Heizung im Gang sind, sind von Berlin aus an die Einzelstaaten weiter geleitet worden. Die Vorschläge gehen dahin, eine Mittagspause in beschränkter Maße beizubehalten und dafür die Geschäfte und staatlichen Büros früher zu schließen.

— Die Beschaffung von Spielplätzen. Die badische Landesanstalt für Leibesübungen hatte an das Ministerium des Innern eine Eingabe in der Spielplatzfrage gerichtet, welche auch als Flugblatt an die größeren Gemeinden des Landes und an die Großh. Bezirksämter geschickt wurde. Das Ministerium des Innern hat dann an die Großh. Bezirksämter ein Rundschreiben erlassen, in welchem die Wichtigkeit einer Beschaffung von Spielplätzen vom Gesichtspunkte der allgemeinen Gesundheitspflege sowohl, wie im Interesse der Jugendberziehung und einer sachgemäßen Jugendwehrausbildung betont wird. Die Großh. Bezirksämter werden in dem Rundschreiben angezogen, die erwähnten Bestrebungen des badischen Landesauschusses nach Kräften zu unterstützen, die Anregung hierzu tunlichst bald weiter zu geben, und sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit Nachdruck zu verfolgen.

— Bilzausstellung. Vom 27. September bis einschließlich 1. Oktober veranstaltet Herr Hauptlehrer Julius Gaud in Oberbach in der Turnhalle der Leopoldschule (Reppoldstraße 9) eine große Bilzausstellung. Ausgestellt werden sämtliche zurzeit in der Gegend von Karlsruhe wachsenden Bilze. Bereichert und ergänzt wird die Ausstellung durch eine große Anzahl naturgetreuer Modelle, konservierter Modelle, konservierter Bilze, Abbildungen und einschlägige Literatur. Die Ausstellungen, die Herr Gaud bis jetzt schon in vielen anderen Städten veranstaltet hat, wurde von allen Sachverständigen als bestes Mittel zur Aufklärung über das Fleißch des Waldes bestens empfohlen. Besondere Anerkennung fand Herr Gaud durch ein Schreiben des Vch. Hofrats Prof. Dr. Klein, des Direktors des Botanischen Instituts und des Botanischen Gartens der Technischen Hochschule in Karlsruhe, der die Ausstellung Gauds als eine ausgezeichnete Uebersicht über die Bilzorkommnisse in Baden bezeichnet. — Bei der Wichtigkeit der Veranstaltung für die Volksernährung ist ein starker Besuch der Ausstellung, insbesondere aus Kreisen der Schüler, dringend zu wünschen.

— Richtige Adressen bei Sendungen an Kriegsgefangene im englischen Operationsgebiet. Bei den Postsendungen an kriegsgefangene Deutsche, die sich in englischer Gefangenschaft befinden, kommen immer wieder Verwechslungen und dadurch bedingte Verluste oder Verzögerungen der Sendungen deshalb vor, weil die Adressen von den Angehörigen nicht in der vorgeschriebenen Weise auf den betreffenden Poststücken angebracht werden. Von der Londoner offiziellen Stelle ist deshalb durch neutrale Vermittlung erneut auf die Erörterung und Verzögerung aufmerksam gemacht worden, die der Postverkehr der Gefangenen durch derartige unrichtige Adressierungen erfährt und um entsprechende Belehrung der Angehörigen gebeten werden. Die Anschrift der Sendungen an Kriegsgefangene im englischen Operationsgebiet in Frankreich hat zu lauten:

To the prisoner of War Mr. ———  
(Vor- und Name des Gefangenen)  
Regt. ——— Komp.  
No. ——— Prisoners of War Company B E F France  
c/o. General Post Office  
London.

Diese Reihenfolge, zunächst Gefangenenummer, hierauf Vor- und Name des Gefangenen, dann Angabe des Regiments und der Kompanie in der der Betreffende vor seiner Gefangennahme sich befand, dann die Nummer der Arbeitskompanie und schließlich der Vermerk, daß die Sendung über das General Post Office, London, zu lauten ist, ist strengstens einzuhalten, da sonst Verwechslungen zwischen der Gefangenenummer, der Nummer der Arbeitskompanie und der früheren Regiments- und Kompanienummer unvermeidlich sind und eine richtige Ankunft der Sendungen in Frage stellen.

### Vaterländische Versammlungen.

○ Ruppheim, 24. Sept. In der am Sonntag Nachmittag veranstalteten vaterländischen Versammlung begrüßte Herr Bürgermeister Eiser die so zahlreich erschienenen Männer und Frauen, daß der geräumige Gemeindefaal nicht ausreichte. Der aus früheren Veranstaltungen hier bestbekannte Herr Bezirksrat Sedt aus Ruppheim hielt hierauf einen Vortrag über die gesamte heutige Kriegslage Deutschlands und seiner Feinde, mit Berücksichtigung der letzten Ereignisse. Im Verlaufe seiner hochinteressanten Ausführungen behandelte der Redner insbesondere auch die Lage des schon heute seiner Seeherrschaft verlustigen England, unseres Hauptfeindes. Wie lange werde es noch seine Verbündeten mitziehen können: Rußland, das vor dem Niederbruch und Besatz stehe, Frankreich, das sich verliere, und Italien, dem die Revolution drohe. Amerika werde die Entscheidung des Krieges nicht beeinflussen können, trotz allen Wohlwollens des Herrn Wilson, dessen Heuchelei und Annäherung sich ebenfalls zeigen. Alle Hände und Ärmel der Feinde werden an der unberechenbaren Strafe des deutschen Volkes scheitern, wenn es einig, geschlossen und mutig ausjare. „Durchhalten!“ und „Arbeiten!“ sei die Pflicht der Deutschen, und damit können wir auch den Dank bezeugen, den wir unseren Brüdern an der Front schenken und die größten Selbstenaten vollziehenden Tapsen schulden. Die Feinde werden sich doch überlegen müssen, daß Deutschlands Kraftquellen nicht erschöpft sind, und sich nicht erschöpfen werden. Den Beweis dafür können und müssen wir auch wieder bringen mit einem überaus glücklichen Beispiele der 7. Kriegsanleihe. Unter dem Einbilde aller Ausführungen des Redners sprach der Vorsitzende hierauf warme Worte der Anerkennung und der Zuversicht, daß des Redners erbauliche Mahnung von allen Zuhörern beherzigt werde. Danach sprach Herr Schriftführer Dees aus Karlsruhe über seine Eindrücke und Erfahrungen an der Front und besand mit seinen inhaltvollen Ausführungen eine Danksagung der neuesten Geschehnisse. Mit herzlichsten Dankworten für die Herren Redner schloß der Vorsitzende die von vaterländischem Geiste erfüllte Versammlung.

### Gerichtsverhandlungen.

○ Karlsruhe, 21. Sept. Der Schreiner Friedrich Spignagel aus Griesheim hatte ein abenteuerliches Leben hinter sich, in dessen Verlaufe er auch im Zuchthause gesessen hatte. Er lernte den Elektrotechniker Robert Ködel aus München kennen, einen Menschen, der gleichfalls eine bedeutende Straffasse und eine tiefe Bergangenheit besitzt. Beide beschloßen unter die Kriegsgewinnler zu gehen und zu diesem Zwecke zusammenzuwirken. Sie sandten unter den Namen Friedrich Schmidt, Edgar Fessel und Paul König Offertelangebote über den Verkauf von Kernseife, Waschpulver und Paraffinkerzen, von Mannheim, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Stuttgart und München aus ab und führten unter den drei fiktiven Namen einen kaufmännischen Briefwechsel mit Firmen in Frankfurt a. M., Berlin, Kattowich, Danzig, Kottbus, Würzburg, Hamburg, Hildesheim, Düsseldorf u. a. D. Von den Firmen, die bei ihnen Bestellungen aufgaben, verlangten die Schuldner vor Abschluß der Ware die Stellung eines Bankakkreditivs über den Kaufpreis. Spignagel führte unter dem Namen Albert Kauf bei der Bayerischen Handelsbank in München und unter dem Namen Wilhelm Friedrich Ohngemach bei der Stuttgarter Filiale der Dresdener Bank Bankguthaben. Mit dem Karlsruher Filiale der Süddeutschen Discontobank machten beide unter dem Namen Paul König Geschäfte. Bei der Firma Göhn in Mannheim bezogen die Gesellen unter dem Namen Friedrich Schmidt Losenisse und leiteten die Ware über Heidelberg nach Darmstadt an einen Spekulanten weiter, dem sie schließlich die Losenisse nach Lebensbeschreibung auf Paul König zur weiteren Verwendung gaben. Geschädigt wurde eine Firma in Kottbus um 52 500 M., eine Firma in Rieneckhausen (Heringen) um 33 000 M. und eine Firma in Graubenz um 8250 M., weil sie das verlangte Akkreditiv gestellt hatten. Diese Beträge waren für die Firmen verloren, weil Spignagel und Ködel keine Waren lieferten oder nur minderwertigen Ton. Die Strafammer verurteilte Spignagel wegen fortgesetzten Betrugs und fälschlicher Urkundenfälschung im Rückfalle zu 5 Jahren Zuchthaus, 1500 M. Geldstrafe und 6 Jahren Ehrverlust. Die Geldstrafe und 6 Monate sind durch die Unteruchungshaft verübt. Ködel wurde wegen Beihilfe zum Betrug zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust verurteilt. Durch die Unteruchungshaft sind 8 Monate von der Zuchthausstrafe verübt.

○ Karlsruhe, 21. Sept. Der Fußmann Dietrich Ernst Kasteinecke aus Bremen war hier im Dienste einer Lebensmittelfabrikation und stahl dort etwa 40 Pfund Nahrungsmittel, Mehl, Erbsen, Linsen, Zwiebeln u. a. und verkaufte die Gegenstände in hiesigen Wirtschaften. Unter den Käufern befand sich auch die Kellnerin Lina Ott geb. Meß aus Newhof, die deshalb heute wegen Hehlerei vor der Strafkammer stand. Wegen Diebstahls im Rückfalle wurde Kasteinecke zu 8 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monat Unteruchungshaft verurteilt. Die Otto wurde von der Anklage der Hehlerei freigesprochen. — Die Maurersekretärin Benedikt Kammerer, Karoline geb. Knecht aus Oberbach gab an, ein Geldbeutel mit einem Inhalt von 6 M., den ein Kind gefunden hatte, geborene, trotz dem dies nicht der Fall war. Die Kammerer ist wegen Betrugs und Diebstahls bereits häufig und schwer vorbestraft und eine

gerichtsbekanntes Verbrechen, die in den Gerichtsverfahren stets so frech ist, ihre Straftaten nach abzulagern. Auch heute verließ sie wieder auf diese Weise, hatte aber keinen Erfolg damit. Das Gericht verurteilte sie wegen Betrugs im Rückfalle zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten.

### Handel, Gewerbe und Verkehr.

○ Deutsche Grundkredit-Bank Götting. Die am 1. Oktober beginnende 1. November dieses Jahres fälligen Zinscheine der unlaufbaren 3% und 4%igen Hypothekendarlehen der Deutschen Grundkredit-Bank zu Götting werden laut Bekanntmachung in unserer heutigen Nummer in gewohnter Weise bereits jetzt beginnend, vom 15. Oktober dieses Jahres ab eingelöst.

### Weinerte.

○ Freiburg, 24. Sept. Aus verschiedenen Gegenden des Oberrheins liegen Berichte über den Ausfall der Weinerte vor. Aus St. Georgen wird gemeldet, daß das Ertragnis nach der Menge äußerst gering ist. In Schelingen am Kaiserstuhl ist das Ertragnis der Weinlese im allgemeinen unbefriedigend. Aus dem Amt Erlenheim wird gemeldet, daß der Ertrag ein sehr wechselnder, der Durchschnitt ziemlich unter Mittel ist. Die Güte ist dagegen allgemein befriedigend. Ähnliches wird aus Lützelrieden berichtet. In allen Nachrichten wird hervorgehoben, daß diejenigen Winzer, welche eine sachkundige Bekämpfung der Rebkrankheiten vornahmen, auch die günstigsten Ergebnisse erzielten.

○ Sasbachwalben, 24. Sept. St. „Bad. Nachr.“ fand sich zu dem am 19. d. Mts. auf dem Schelberg stattgehabten Versteigerung des Hertertragnisses von Gut Schliephage ein großer Liebhaberfreis zusammen. Die Versteigerung wurde „am Stroh“ vorgenommen und auf ein Angebot von 5000 M an die Herren Weinbändler Josef Huber und A. Krug zum „Alder“ in Achen, Graf zum „Sternen“ in Sasbachwalben und Fr. Geppert in Bühl der Zuschlag mit 8500 M erteilt. Hierzu kommen noch die Kosten für das Herbiten und Sellern. Der diesjährige Reue verspricht allgemein einen guten Ertrag zu geben.

### Die Obsterte.

○ Zweibrücken (Pfalz), 24. Sept. Ueber hunderttausend Rentner Zwetschgen wurden lt. „Südd. Sta.“ bisher in den Reichs des Kommunalverbandes Zweibrücken-Land geerntet und nach auswärts mit der Eisenbahn auf den Stationen des Amtsbereiches verladen. Die ausbezahlten Beträge für diese Mengen übersteigen bereits eine Million Mark. Die Zufuhr von Zwetschgen dauert immer noch an, ebenso beginnt soeben die Äpfel- und Birnenerte im Bezirk, die gleichfalls sehr reichlich ausfällt. Seit Menschengedenken sind derartige Einnahmen für Obst noch nicht in den Bezirk gesträmt.

### Letzte Drahtberichte.

Das U-Boot „Deutschland“.

○ Hamburg, 24. Sept. Das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet aus Rotterdam: Wir entnehmen dem „Maasbode“: Ein aus Schweden zurückgeführter Holländer hat einen Berichterstatter des „Scheepvaart“ in Ymuiden mitgeteilt, er habe von einem deutschen Seemann vernommen, daß das U-Boot „Deutschland“ nach seiner letzten Rückkehr aus Amerika in den Kriegsdienst gestellt worden sei. Das U-Boot müsse dieser Tage in einen deutschen Hafen von einer Kreuzfahrerin in den australischen und südafrikanischen Gewässern zurückgeführt sein, in denen es verschiedene Schiffe zum Sinken gebracht habe.

Das Sinken der australischen Zuzuf.

○ Haag, 24. Sept. („Holl. Sta.“) Ueber die Folgen, die der Mangel an Schiffsraum in Australien hat, legt der „Economist“ in einem Artikel folgendes dar: Nach den Verträgen mit der britischen Regierung sollen jeden Monat aus Australien 600 000 Tonnen Weizen geliefert werden. Während des Monats Juli ist aber noch nicht ein Bushel Weizen aus Australien nach Großbritannien gekommen. Die australischen Lagerhäuser sind bis obenhin mit Weizen gefüllt und auch die Gefrierhäuser steden toll Fleisch, jedoch die Australier, insbesondere die Farmer, ihre Produkte und ihre Ernte zu Hause behalten müssen. Dazu kommt noch, daß fast gar keine Ausfuhr für eine Verbesserung der Schiffsfahrtsgelegenheit bestehen. Augenblicklich sind in Australien solche Mengen an Frachtgut der verschiedenen Arten angesammelt, daß sie 15 Dampfer mit Gefrier-einrichtungen und 548 gewöhnliche Frachtdampfer füllen würden. Hunderttausende von Baumwollballen liegen in den Lagerhäusern. Aus der Ernte im Februar dürften nicht weniger als 6 Millionen Tonnen (24 Mill. Bushel) Getreide in Australien festliegen, wozu noch die augenblicklichen Vorräte treten.

Ein italienischer Presse-Skandal.

○ Berlin, 24. Sept. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Lugano berichtet wird, hat der „Messaggero“ gegen den „Avanti“ Strafantrag wegen Beleidigung gestellt, weil das sozialistische Blatt die Notiz veröffentlichte, der „Messaggero“ habe am 7. August im Elekothel von einem Manne namens Schicht eine Summe im Betrage von 1 1/2 Millionen Lire erhalten. Die sozialistische Parteileitung beschloß, im Parlament den Antrag auf parlamentarische Untersuchung der Geldquellen zu stellen, aus denen verschiedene italienische Mäpfer erhalten werden.

Massenstreik in Portugal.

○ Paris, 24. Sept. Die Mäpfer melden aus Lissabon, daß seit dem 1. September infolge des Ausstandes keine Postfischen bestellt worden seien.

### Großfeuer.

○ Wismar, 25. Sept. Hiesigen Mäpfern zufolge hat in Wismar eine Feuersbrunst mehr als 100 Wohnhäuser eingäschert. Zahlreiche Familien sind obdachlos. Der Schaden wird auf 10 Millionen Kronen geschätzt. Militär gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken.

### Aus den Stadtbüchern der Stadt Karlsruhe.

Geburten:  
22. Sept.: Gg. Drog von Dilsberg, Schuhmacher hier, mit Moise Gipp von Schwemlingen; Karl Fudert von Westerbürg, Buchbindermeister hier, mit Emma Pfanz von Singheim.  
Gefährliche:  
21. Sept.: Karl Zimmermann von hier, Monteur hier, mit Emma Imhoff von Bruchsal. — 22. Sept.: Andreas Schelling von Dinglingen, Steinbruder hier, mit Olga Häußle von hier; Otto Kidel von Badstätt, Hausdiener hier, mit Anna Schützenlämper von Bramburg; Frz. Geim von Furtwangen, Buchbinder in Furtwangen, mit Maria Wehrle von Furtwangen; Wilhelm Eider von Zeilschneuz, Wagenführer hier, mit Theresia Bernert von Ströpsburg i. G.; Wilhelm Oberhardt von hier, Fabr.-Arb. hier, mit Anna Sappke von hier; Josef Stod von Eppingen, Geiger hier, mit Anna Wüchhoff von hier; Alfred Oberle von hier, Schreiner hier, mit Henriette Pöglner von Rön.  
Todesfälle:  
21. Sept.: Luise Richter, 57 J., gesch. Ehefrau von Rich. Richter, Fabrikant. — 22. Sept.: Marie Gumrich, 65 J., Ehefrau von Hugo Gumrich, Hauptmann; Friedr. Schweizerhof, Metzger, Ehemann. — 24. Sept.: Otto, 3 J., v. Karl Bachmann, Metzger.

# Gedenket der Kriegsgefangenen!

2075

## Todes-Anzeige.

Unser lieber, treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager Onkel und Vetter

## Karl Reinhardt

Privatier

ist heute vormittag 5 Uhr im Alter von nahezu 66 Jahren sanft entschlafen.

Karlsruhe, Kriegsstraße 126, den 24. September 1917.  
Wiesloch,

In tiefer Trauer:

Mina Burckhardt, geb. Reinhardt  
Richardt Burckhardt, z. Z. i. Heeresdienst  
und drei Enkel  
Wolfgang, Helene und Gertrud.

Die Einäscherung findet statt am Donnerstag, 27. September, vorm. 11 Uhr.  
Blumenspenden und Beileidsbesuche werden dankend abgelehnt. 2110

## Geschäftsempfehlung

Infolge Ablebens unserer Schwester, Fräulein Maria Specht ist das Geschäft auf uns übergegangen.

Wir führen daselbe in unveränderter Weise weiter und bitten die verehrten Damen, das unserer Schwester durch so viele Jahre geschenkte Vertrauen auch auf uns übertragen zu wollen.

Gleichzeitig zeigen wir den Eingang der

## Herbst- und Winter-Neuheiten

an und laden zu deren Besichtigung ergebenst ein.

## Geschwister Specht

Spezialgeschäft für feinen Damenputz

Kaiserstrasse 15.

2109

## Bekanntmachung

884

### über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung, betreffend die Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes vom 19. Juli 1917 und der B. D. Groß. Ministeriums des Innern vom 30. Juli d. J., die Brennstoffversorgung betreffend, wird folgendes bestimmt:

- Im Sinne dieser Bestimmungen gelten:
  - Als „Haushaltungen“: alle Verbrauchsstellen von Hausbrand, somit außer den Privathaushaltungen, alle Behörden, Kranken- und sonstige Anstalten, Kasernen (soweit sie nicht von der Militärverwaltung versorgt werden), Schulen, Klöster, Theater, ferner Banken, Bureaus, Kontore, Pensionen, Werkstätten, Arbeitsräume (soweit deren Bedarf an Hausbrand nicht aus dem für die Industrie oder das Kleingewerbe bestimmten Brennstoff gedeckt wird);
  - Als „Landwirtschaft“: die landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenbetriebe (soweit sich ihr Bedarf nicht auf Hausbrand im Sinne von Ziffer a beschränkt) einschließlich der Dreckschmieden, Molkereien, Schmieden für landwirtschaftliche Geräte;
  - Als „Kleingewerbe“: die Bäckereien, Metzgereien, Gast- und Schenkwirtschaften, Badanstalten, Waschanstalten und ähnliche dem täglichen Bedarf der Bevölkerung dienenden Betriebe (ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Bedarfs an Brennstoffen), ferner sämtliche übrigen gewerblichen und industriellen Betriebe mit einem durchschnittlichen Verbrauch von weniger als 10 Tonnen Brennstoff im Monat.

Den Privathaushaltungen wird als Jahresbedarf an Hausbrandkohle regelmäßig ausbezahlt:

- für die Küche 25 bis 40 Zentner Kohlen,
  - zur Zimmerheizung für Wohnungen ohne Zentralheizung der notwendige Bedarf an Kohlen oder Koks für die Heizung von einem, höchstens zwei Zimmern; für Wohnungen mit Zentralheizung, die nicht durch Ofenheizung ersetzt werden kann, der zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Zentralheizung unbedingt notwendige Bedarf an Koks.
- Nach Maßgabe dieser Vorschriften legt das städtische Kohlenamt — Ortskohlenstelle — den Jahresbedarf der einzelnen Haushaltungen unter Berücksichtigung der Zahl der Zimmer, welche notwendigerweise geheizt werden müssen, und der zum Haushalt gehörenden Personen, sowie der sonstigen besonderen Verhältnisse der Wohnung oder Haushaltung durch Einteilung in Bedarfsgruppen fest.

Den Jahresbedarf der übrigen Haushaltungen (Behörden, Anstalten usw.) sowie der Landwirtschaft und des Kleingewerbes legt das Kohlenamt — Ortskohlenstelle — nach Maßgabe des tatsächlichen Bedürfnisses im einzelnen Falle fest.

Im Zweifelsfalle, sowie über Anträge auf ausnahmsweise Befreiung in Fällen besonderen Bedürfnisses, entscheidet der vom Stadtrat bei der Ortskohlenstelle für die Brennstoffversorgung eingesetzte Ausschuss. Ueber Beschwerden gegen den Ausschuss entscheidet der Stadtrat.

Die hiernach festgesetzte Bedarfsmenge wird auf Anordnung des Kohlenamts in der Kundenliste der Kohlenverkaufsstelle vermerkt.

Ein Anspruch auf Lieferung der zugewilligten Jahresmenge besteht nicht. Für den Fall, daß die dem Kommunalverband für Hausbrandzwecke in Aussicht gestellte Kohlenmenge nicht voll geliefert wird, bleibt eine gleichmäßige Kürzung aller Verbraucher vorbehalten.

Für die Privathaushaltungen macht das Kohlenamt bekannt, welche Mengen Kohlen oder Koks innerhalb eines Lieferungszeitraums abgegeben werden darf. Niemand darf auf einmal mehr Kohlen und Koks als diese Menge beziehen. Privathaushaltungen, welche bereits mit einem Teil des ihnen zustehenden Jahresbedarfs versorgt sind, dürfen einen weiteren Teil erst dann beziehen, wenn die Lieferung weiterer Mengen auch für die übrigen bisher nicht versorgten Verbraucher in der gleichen Bedarfsgruppe zugelassen ist.

Die unter Ziff. 1 fallenden Verbraucher (Haushaltungen, Landwirtschaft und Kleingewerbe) dürfen Kohlen und Koks nur beziehen, wenn sie im Besitz einer gültigen Brennstoffkarte sind. Die Brennstoffkarte ist nur gültig, wenn sie den Stempel „Stadt Kohlenamt“ trägt. Die bisher ausgestellten „Kohlenausweisarten“ behalten vorläufig ihre Gültigkeit, sind jedoch bis spätestens am 1. November d. J. durch Vermittlung der Kohlenverkaufsstelle, bei welcher der Verbraucher eingetragen ist, zwecks Ausstellung einer neuen Brennstoffkarte zurückzugeben.

Die Vermerke auf der bisherigen Kohlenausweisarte über Monats- und Jahreshöchstmengen haben keine Gültigkeit mehr.

Die unter Ziff. 1 fallenden Verbraucher dürfen Kohlen und Koks ausschließlich durch die Kohlenverkaufsstelle beziehen, bei welcher sie als Kunden eingetragen sind. Die Kohlenverkaufsstellen dürfen Kohlen und Koks ausschließlich an die in ihrer Kundenliste eingetragenen Verbraucher und nur gegen Vorlage der Brennstoffkarte abgeben. Sie haben jede abgegebene Menge in der Brennstoffkarte ihrer Kunden zu vermerken.

Die Kohlenverkaufsstellen sind verpflichtet, von jeder Sendung Kohlen oder Koks, die sie für die Versorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes empfangen haben, dem Kohlenamt unverzüglich Anzeige zu erstatten.

Sie haben ferner über jede Menge, die sie den Verbrauchern abgegeben haben, in ihrer Kundenliste Vormerkung zu treffen, und eine Zusammenstellung über die abgegebenen Mengen dem Kohlenamt allwöchentlich auf vorgeschriebenem Bordruck einzureichen.

Die vorstehend für die Kohlenverkaufsstellen getroffenen Bestimmungen gelten in gleicher Weise wie für die bekannt gegebenen Kohlenhändler auch für die Genossenschaften hinsichtlich der Kohlenversorgung ihrer Mitglieder, sowie für die Betriebe, die Einrichtungen zur Versorgung der eigenen Arbeiter und Angestellten mit Hausbrand getroffen haben.

Wer von einem hiesigen Geschäft Brennholz für den Hausbrand beziehen will, muß im Besitze einer gültigen Brennstoffkarte (Ziffer 4) sein. Die Verkäufer von Brennholz dürfen solches nur an die Inhaber einer Brennstoffkarte abgeben und haben über die Abgabe genaue Listen zu führen. Sie haben die abgegebenen Mengen in ihren Abgabelisten und auf der Brennstoffkarte zu vermerken.

Die Festsetzung einer Höchstmenge an Brennholz, welche als Jahresbedarf an eine Haushaltung abgegeben werden darf, bleibt vorbehalten. Wird eine solche Festsetzung getroffen, so findet die Vorschrift in Ziffer 3 dieser Bekanntmachung auf den Bezug von Brennholz entsprechende Anwendung.

Zu widerhandlungen gegen diese Bestimmungen werden nach Maßgabe der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 19. Juli d. J. mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10.000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ferner kann auf Einziehung der Brennstoffe erkannt werden, auf die sich die Zu widerhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Karlsruhe, den 20. September 1917

Der Stadtrat.

## Bekanntmachung.

Hierdurch beehre ich mich, die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer öffentlichen Sitzung auf

Montag, 1. Oktober 1917, nachmittags 4 1/2 Uhr in den großen Rathssaal einzuladen.

Tagesordnung:

- Ankauf von Gelände im Gewann Unterwieseln und Verkauf eines Grundstücks in Beierheim (28).
- Beschaffung von Kastentippragen für die Karlsruher Lokalbahnen (29).
- Errichtung zweier Professorenstellen an den Realgymnasien (30).
- Erstellung von Absonderungs-Baracken beim städtischen Krankenhaus (31).
- Beschaffung von Handwagen zur Beförderung von Massengütern (32).
- Beschaffung von Güterwagen für die städtische Straßenbahn (33).
- Nachforderung für die Stadtgarten-Neubauten (34).
- Zeichnung von Kriegsanleihe (35).
- Bildung von Betriebsföden für die Beschaffung von Lebensmitteln, Brennstoffen und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs (36).

Karlsruhe, den 24. September 1917. 189

Der Oberbürgermeister.

## Deutsche Grundcredit-Bank Gotha.

Die am 1. Oktober bezw. am 1. November 1917 falligen Zins-scheine unserer unkündbaren 3 1/2- und 4 1/2-%igen Hypothekendarlehen werden bereits jetzt bezw. vom 10. Oktober ds. Js. an in Gotha und Berlin bei unseren Kassen, in Karlsruhe bei Herrn Veit L. Homburger, Herrn Heinrich Müller, der Rhein. Creditbank Filiale Karlsruhe, Herren Straus & Co., der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. u. der Vereinsbank Karlsruhe e. G. m. b. H. eingelöst. Zur Zeichnung von Kriegsanleihe bei uns können die zum 30. Dezember ds. Js. ausgeloosten Pfandbriefe schon jetzt Verwendung finden.

Gotha, den 25. September 1917.

Deutsche Grundcredit-Bank.

Umzüge

mit Rollen besorgt und gebrauchte Möbel, Betten und Herde kauft Fischer, Hardtstr. 27.

Es ist ratsam,

Reparaturen und Reparaturen über Sommer umarbeiten zu lassen. Douglasstr. 8, part.

Großherzogl. Hoftheater.

Dienstag, den 25. September, 0 5 (graue Karten)

„Die große Leidenschaft.“

Lustspiel in 3 Akten von Raoul Kuernheimer.

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

## Städt. Arbeitsamt

Gesucht werden

Röhminnen für Privat

Mädchen für alles

Mädchen z. Anlernen

sowie Stundenfrauen

für häusliche Arbeiten

für sofort oder später

Städt. Arbeitsamt

Hilfsdienst-Meldestelle

Jähringerstr. 100, III. Stod.

Emser Wasser

2062

# Opfertag: Freitag, 28. September